

Kein Koalitionswahlkampf - keine Ausschleißeritis

Warum eine Koalitionsaussage für die „Ampel“ keine Antwort auf die Fragen der Zeit ist

Die große Koalition erstarrt, während die Menschen mit ansehen müssen, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Lebenswirklichkeit erreicht und es beim Klimaschutz bei wohlfeilen Ankündigungen bleibt. Diese Koalition der Schwäche und falschen Entscheidungen würde durch eine schwarz-gelbe Bundesregierung noch übertroffen.

Mit der FDP würde ausgerechnet die Partei, die immer am vehementesten für die Deregulierung und das Primat des Marktes gekämpft hat, der große politische Profiteur der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise werden und wichtige Ministerien und deren Politik bestimmen. Die weiteren Konsequenzen dieser so gestärkten Politik lassen sich aus der wirtschaftsradikalen Programmatik der FDP ablesen.

In vielen inhaltlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre war die FDP der parlamentarische Arm der Heuschrecken. Seit vielen Jahren kämpft die FDP für die Deregulierung des Finanzmarktes, des Arbeitsmarktes und des Gesundheitsbereiches. Sie tritt vehement gegen Mindestlöhne und für den weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten ein, sie definiert Bildung als Ware anstatt als Grundrecht, sie will die öffentlichen Krankenkassen abschaffen und ausschließlich durch private ersetzen. Die FDP tritt wie die CDU für das Weiterlaufen der Atomkraftwerke ein, einzelne Protagonisten wie der stellvertretende Bundesvorsitzende und NRW-Minister Pinkwart befürworten auch die Option auf den Neubau von Reaktoren. Die FDP will Gorleben sofort in Betrieb nehmen. Die FDP tritt für die Abschaffung des EEG ein. Die FDP fordert Agrogentechnik überall und geht da sogar weit über die CDU/CSU hinaus. Diese Liste ließe sich noch weit fortsetzen.

Was will eigentlich die SPD?

Die SPD hat in einem unglaublichen Zick-Zack-Kurs zunächst die Zusammenarbeit mit der Linken auf der Bundesebene und im Westen generell für unmöglich erklärt. Nach der absehbaren Etablierung der Linken in den westdeutschen Landtagen hat sie nun endlich über mehrere Zwischenschritte die Entscheidungen in den Landtagen zur Ländersache erklärt, auf Bundesebene schließt sie die Zusammenarbeit mit der Linken kategorisch aus. Anstatt die Auseinandersetzung an inhaltlichen Positionierungen zu führen und in die Linke zurück zu geben, wurden nicht nachvollziehbare Begründungen zur Leitlinie gemacht.

Natürlich ist es richtig, dass Oskar Lafontaines Linke in den westdeutschen Landesverbänden regierungsunwillig und regierungsunfähig ist. Aber anstatt diese Auseinandersetzung zu führen und dabei um wankelmütige Wählerinnen und Wähler zu kämpfen, wurde die Linke politisch, für Teile der Bevölkerung nicht nachvollziehbar, ausgegrenzt. Dabei liegt der wesentliche Grund für die Ablehnung der SPD in persönlichen Animositäten der SPD-Spitze gegenüber ihrem ehemaligen, aus dem Amt geflohenen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Dies gilt spiegelbildlich ebenso für Lafontaine gegenüber der SPD. Lafontaine und die Linke aber profitierten von dieser Ausgrenzung, weil sie populistische Forderungen erheben können, ohne dass sie in die Gefahr der Überprüfung in der Praxis geraten.

Primäres Ziel der SPD - die Fortsetzung der großen Koalition -

eine Koalition, in die Teile der SPD-Eliten entgegen allen öffentlichen Beteuerungen wieder hinein wollen. Während öffentlich wieder „links“ geblinkt wird, um Stimmen „mitzunehmen“, sind die Seeheimer - die Steinbrücks, Steinmeiers, Münteferings und Co. - gedanklich längst wieder auf dem Weg in die große Koalition.

- alternativ eine Ampel

eine Koalition aus einer SPD, in der der Regierungsalltag innerhalb der SPD wiederum von den Seeheimern, den Steinbrücks, Steinmeiers, Münteferings und Co., übernommen würde. Die FDP wäre, insbesondere wenn sie zweitstärkste Partei in der Koalition würde, aus ihrer und der Sicht eines erheblichen Teiles der Presse, für die Außenpolitik und die Wirtschaft zuständig. Die GRÜNEN wären aus Sicht der SPD, der FDP und wiederum großer Teile der Presse für Umweltschutz und etwas Bürgerrechte zuständig.

Wem nützt das aktuelle Gerede um die Ampel?

Die Motivation auf Seiten der SPD ist klar: Die alten Männer der SPD können sich eine Zusammenarbeit mit ihrem ehemaligen Kollegen und Altersgenossen Lafontaine nicht vorstellen. Die Ampel als angeblich einzig schlüssige Antwort auf die Notwendigkeit einer Machtoption ist also eine Antwort, die von dem handelnden Personal der SPD aus persönlichen Gründen gegeben wird. In dem wir diese Ausschlussdefinition der SPD einfach übernehmen, anstatt die Linke mit konkreten Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu konfrontieren, begeben wir uns in der Opposition freiwillig in die strategische Geiselhaft der SPD, während diese in der großen Koalition regiert. Vor dem Hintergrund, dass eine schwarz-gelbe Mehrheit auch in der vierten Bundestagswahl hintereinander verhindert werden muss, verschieben wir ohne Not das politische Koordinatensystem hin zu CDU und FDP.

Insbesondere machen wir die FDP trotz ihrer beschriebenen inhaltlichen Randlage zur Scharnierpartei und verlassen freiwillig diese Rolle im Parteiensystem. Wir reden die Marktradikalen, die Westerwelles, Pinkwarts, Brüderles und Niebels stark, anstatt uns hart mit ihnen auseinander zu setzen und klar zu machen, dass sie in Teilen die ideologischen Väter der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind.

Warum wir die anstrengende aber lohnende Rolle der Scharnierpartei mit vielfältigen Koalitionsoptionen aufgeben sollten, zugunsten der ausschließlichen Funktion als zweiter Juniorpartner in einer Steinmeier-Westerwelle-Koalition, ist nicht nachvollziehbar und vor allem im Wahlkampf nicht attraktiv zu vermitteln.

Raus aus der strategischen Falle der SPD – wir richten denkbare Koalitionsmöglichkeiten an der Durchsetzung unserer Inhalte aus und messen andere Parteien daran!

Für uns GRÜNE gilt deswegen gerade für diese Bundestagswahl:

- Wir stellen klare Bedingungen an jede Koalitionskonstellation!
- Wir haben keinen Favoriten und schließen keine Koalition aus!
- Der generelle Ausschluss einer Zusammenarbeit von SPD, GRÜNEN und Linken sowie das Gerede um eine Ampel nützt zurzeit ausschließlich CDU und FDP!

Horst Becker MdL, KV Rhein-Sieg
Reiner Priggen MdL, KV Aachen
Sigrid Beer MdL, KV Paderborn
Ewald Groth MdL, KV Bochum
Oliver Keymis MdL, KV Rhein-Neuss
Sylvia Löhrmann MdL, KV Solingen
Johannes Rimmel MdL, KV Siegen-Wittgenstein
Ruth Seidl, KV Heinsberg
u.a.